

INHALT

1. Bundespräsident Joachim Gauck spricht im Kieler Landtag
2. Kommunalpolitische Sprechertagung in Berlin
3. Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten 2012 Haushaltsüberschuss

22.03.2013

Bundespräsident Joachim Gauck spricht im Kieler Landtag **Umfangreiches Besuchsprogramm des Bundespräsidenten in Schleswig-Holstein**



Bundespräsident Joachim Gauck

Aufgrund des Besuchs des Bundespräsidenten Joachim Gauck in Kiel fand heute keine Plenardebatte statt. Gestern war vom Parlament durch längere Tagungszeiten vorgearbeitet worden.

Der Bundespräsident konnte seine Rede allerdings erst mit gut einstündiger Verspätung beginnen – sein ursprünglich vorgesehenes Flugzeug hatte auf dem Weg nach Berlin einen Vogel gestreift. Ein Triebwerk und eine Tragfläche waren bei der Ankunft mit Blut und Federn verschmiert. Das Flugzeug musste ausgetauscht werden.

Der Bundespräsident stellte seine Rede unter das Motto „Zukunft aus Vergangenheit“. Gauck erinnerte zunächst an die verheerenden Wahlsiege der Nationalsozialisten in Kiel. Daraus seien die richtigen Lehren gezogen worden.

"Im Kieler Parlament ist offensichtlich geworden: Die Stärke einer Demokratie erweist sich nicht nur in ihren Mehrheitsverhältnissen. Die Stärke einer Demokratie erweist sich vor allem in ihrem Umgang mit Minderheiten", sagte der Bundespräsident.

Er widmete sich auch dem Standort Schleswig-Holstein und schlug dabei den Bogen von der Hanse über die Wiedervereinigung bis heute. "Ein Kulturraum in seiner ungeteilten Dynamik, ohne staatliche Grenzen. Als Rostocker sehe ich mit großer Freude, wie diese alte Identität in den letzten zwanzig Jahren wiederbelebt wurde."

Um Schleswig-Holsteins Profil weiterzuentwickeln, müssten politische Repräsentanten und eine aktive Bürgerschaft zusammenarbeiten. "Der Abstand zwischen Wählern und Gewählten sollte kleiner werden", so Gauck.

Nach seiner Ansprache vor den Abgeordneten im Plenarsaal des Landtages traf der Bundespräsident mit dem Landeskabinett und dem Ältestenrat zusammen. Weitere Stationen seines Antrittsbesuches sind das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Geomar in Kiel und am Nachmittag die Landesmuseen Schloss Gottorf in Schleswig.

Kommunalpolitische Sprechertagung in Berlin **Kleinkindbetreuung, Baugesetzbuch und Kommunalfinanzen sorgen für Diskussionsstoff**



Die Teilnehmer der Kommunalpolitische Sprechertagung in Berlin

Am 18. März trafen sich die kommunalpolitischen Sprecher der Unionsfraktionen zu ihrer Sprechertagung in Berlin, um sich über aktuelle Themen auszutauschen.

Breiten Raum nahm, angesichts des ab 01. August 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für alle U3-Kinder, der Ausbau der Kleinkinderbetreuung ein. Dessen Stand schwankt von Bundesland zu Bundesland erheblich.

Der Bund unterstützt den Ausbau bis 2014 mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro. Auf Investitionen zur Schaffung neuer Betreuungsplätze entfallen 4,5 Milliarden Euro, für den Betrieb von Kinderkrippen und Tagespflegestellen werden jährlich 845 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seit dem 01. Februar 2013 steht darüber hinaus ein Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau bereit.

Ein weiteres Thema war die anstehende Novellierung des Baugesetzbuches. Neuregelungen sind unter anderem in den Bereichen Intensivtierhaltung, Innenentwicklung, Baunutzungsverordnung und im Schrottimmobiliensbereich geplant.

Weiteren Diskussionsstoff gaben die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Kommunalfinanzen und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.

Gemeinden und Gemeindeverbände erzielten 2012 Haushaltsüberschuss CDU-Fraktion warnt vor Griff in den Kommunalen Finanzausgleich



Petra Nicolaisen, MdL

Laut einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes erzielten die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) im Jahr 2012 nach Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik ein Finanzierungsüberschuss von insgesamt 0,9 Milliarden Euro.

In den Kernhaushalten der Gemeinden und Gemeindeverbände wurde sogar ein Finanzierungsüberschuss von 1,8 Milliarden Euro erreicht, während es bei den Extrahaushalten (beispielsweise Zweckverbände) ein Finanzierungsdefizit von 0,9 Milliarden Euro zu verzeichnen gab. Im Jahr 2011 hatte die vierteljährliche Kassenstatistik für die kommunalen Kern- und Extrahaushalte noch ein Finanzierungsdefizit von insgesamt 2,9 Milliarden Euro ausgewiesen.

2012 verbuchten die kommunalen Haushalte zusammen Einnahmen in Höhe von 197,8 Milliarden Euro. Das sind 3,2 Prozent mehr, als im Vorjahr. Die Ausgaben stiegen mit 1,2 Prozent deutlich niedriger an.

Sehr deutlich gingen hingegen die Zuweisungen für Investitionen der Länder an die Kommunen zurück. Wegen der allmählich auslaufenden Konjunkturlösungen nahmen die Kommunen nur noch 6,7 Milliarden Euro ein, das waren 23,1 % weniger als im Vorjahr.

CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen warnte angesichts dieser Zahlen vor den Plänen von SPD, Grünen und SSW zur Neuausrichtung des Kommunalen Finanzausgleichs: „Die Begehrlichkeiten der Regierungsfractionen, den kleinen Gemeinden Geld weg zu nehmen, werden durch diese Meldung zunehmen“, so Nicolaisen.

Ein Beispiel sei die von Kulturministerin Sporendonk geplante Dynamisierung der Theatermittel in Höhe von 1,5 Prozent. Diese will die SSW-Politikerin über den Vorwegabzug finanzieren: „Da lässt sich Frau Sporendonk von den Theatern dafür feiern, dass sie Geld der Kommunen ausgeben will. Die Kommunale Familie darf in dieser Frage keinen Keil in sich treiben lassen“, warnte Nicolaisen.

Die Mitteilung des Statistischen Bundesamtes mit weiteren Informationen finden Sie unter folgendem Link:

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_113_71_137.html

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de